1/X. 1918

83

Rettung für den Privatbeamtenstand. Der Verband der Privatangestelltenorganisationen Oesterreichs (9., Währingerstraße 26) wendet sich mit folgendem Aufruf an die Öffentlichkeit: Die gegenwärtige traurige Lage der Festbesoldeten und insbesondere der Privatbeamten ist schon genügend erörtert und allseits auch zugegeben worden. Vorschläge zur Rettung des angefallenen Mittelstandes sind zwar schon erstattet worden, doch von einer wirksamen Aktion sind wir noch weit entfernt. Inzwischen steigen die Preise der unentbehrlichsten Nahrungsmittel und Bedarfsartikel unheimlich weiter, es erhöht sich aber auch die Not der Privatbeamtenfamilien, die eine weitere Steigerung nicht mehr verträgt. Dieses Elend hat sich Lust in einer Erbitterung gegen Unternehmer, Parlament und Regierung, die — wenigstens scheint es so — offenen Auges, doch kalten Herzens den Niedergang der Angestellten-erittenzen als etwas unvermeidliches erwarten. Und doch handelt es sich hier um eine Bevölkerungsschichte, die stets als ein Grundpfeiler des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet werden konnte. Alle Erzeugenden konnten die Teuerung auf die Verbraucher überwälzen; den manuellen Arbeitern wurden von seiten der Unternehmer bedeutende Zugeständnisse gemacht, ja selbst die Regierung hat sich — abgesehen von sonstigen wirtschaftlichen Begünstigungen — bestimmt gefunden, Lohnzuschüsse auf sich zu nehmen. Das Entgegenkommen den Privatangestellten gegenüber war zumeist ein sehr beschränktes; es erreicht in vielen Fällen nicht einmal die Zuwendungen für die Staatsbeamten. Selbst die von der Beschwerdekommission Wien I festgesetzten Teuerungszulagen von 65 bis 130 v. H. können bei einer durchschnittlich 500prozentigen Verteuerung

den Ruin der Privatbeamten — auch bei sparsamster Lebensführung derselben — nicht mehr aufhalten. Diese Erkenntnis hat heute schon die gesamte Privatbeamten-schaft erfasst, die, durch die Not der Zeit gezwungen, in Massen den Organisationen zufließt. Die Privatange-stellten haben schon vier lange Kriegsjahre im wahrsten Sinne des Wortes durchgedarbt, sie sind am Ende ihrer Kräfte. Rasche und ausgie-bige Hilfe muß ihnen zuteil werden, wenn Indus-trie und Handel in dem nach dem Kriege eintretenden Wettbewerb nicht nur auf Arbeit, sondern auch auf volles Verständnis und Interesse der Beamten rechnen wollen. Diese Eigenschaften zu voller Entfaltung zu bringen, könnte von einem proletarisierten Angestell-ten nicht mehr begehrt werden. Der Verband erfüllt nicht nur seine sachungsgemäße, sondern auch eine vater-ländische Pflicht, wenn er als Sprecher von mehr als 35.000 mittelständisch organisierten Privatbe-amenten und Werkmeistern die Situation unter der Pri-vatbeamten-schaft schildert, wie sie ist: gänzlich unhaltbar und gefährlich. In manchen Betrieben haben sich die Angestellten bereits mit der Arbeiterschaft solidarisch erklärt, weil sie glauben, nur mehr auf diesem Wege materielle Erfolge zu erzielen. Der Verband hat sich dieser Richtung nicht angeschlossen, er erwartet jedoch, daß Unternehmer und Parlament noch in letzter Stunde sich ihrer Pflicht bewußt werden und ersterer durch schleunige Erhöhung der Bezüge und Gewährleistung ausgiebiger Anschaf-fungsbeiträge, letzteres durch sozialpoliti-sche Maßnahmen die Privatbeamten-schaft der Verzweiflung entreißt. Eine weitere Zurückhaltung gegenüber den berechtigten Forderungen der Ange-stellten würde diese einer Katastrophe zuführen und sie für immer der Mittelstandspolitik entfremden.